

Spangenberger Zeitung.

Blätter für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Geheimt incheinlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend aus dem Hause, einschließlich der Postagen. „Mehr Garten.“ Die Frau und ihre Welt.“ Der letzte Alltag.“ Praktisches Wissen für Alle.“ Unterhaltungsblätter.“ Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Hause höherer Gebot wird kein Schadenloch geleistet.

Fernsprecher Nr. 27

Telegr. Adr.: Zeitung.
Anzeigen werden die lebhaftesten amm hohe Petrol-Teile oder deren Raum mit 15 Pg. berechnet; auswärts 20 Pg. Bei Wiederholung ent- spricht der Rabatt. Reklamen kosten pro Seite 40 Pg. Verbindlichkeit für Wk. Datendruck und Verlegerleistung ausgeschlossen. Annahme-zeit ist für Öffnen und Auskunft bereit 15 Pg. Zeitungsblätter werden billigst bereit. Anzeigen an Postfachkonto Frankfurt am Main Nr. 2971



und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 125

25. Jahrgang.

Dienstag, den 18. Oktober 1932

Schafft Arbeit!

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Vorsitz a. D. Dr. Gereke-Pfeiffer, sprach auf dem fünfzehnten Landgemeindetag in Kassel über die Notwendigkeit, eine Volksfront für Arbeitsbeschaffung zu bilden und führte u. a. aus:

Alle Sanierungsversuche des Reiches und der Länder im Endergebnis erfolglos bleiben, wenn der Eindruck im Endergebnis erfolglos bleiben, wenn der Eindruck der Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände bestehen wird. Man kann heute feststellen, daß auf dem eingeschlagenen Wege nicht in dem nötigen Umfang mit der gebotenen Schnelligkeit große Mengen Arbeitslosen wieder in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden können. Die andauernden Beratungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Landgemeinden beweisen auch, daß die Reichsregierung sich keinesfalls der Notwendigkeit versteht, eine Ergänzung einer weiteren Ausbau ihrer ersten Maßnahmen vorzunehmen.

Die Tatsache, daß der Landgemeindeverband ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt hat, darf nicht zu der Annahme führen, als sei hierbei lediglich an eine Hilfe für Landgemeinden gedacht. Schon der große Kreis der politisch-politischen Organisationen, der Wehrverbände und der Vertreter verschiedener politischer Richtungen, die grundsätzlich auf den Boden des Programms gestellt sind, zeigt, daß hiermit ein umfassender Versuch gemacht wird, Arbeitsbeschaffung auf breiterer Grundlage über den engeren kommunalen Rahmen der Landgemeindeverbände hinaus durchzuführen. Wenn gerade der Landgemeindeverband sich die Aktivlegitimation zu seinem Vorgehen genommen hat, dann ist es geschehen aus der Erkenntnis heraus, daß ein Zusammenbruch der heutigen finanziell am meisten bedrohten untersten Selbstverwaltungsbehörden den Zusammenbruch der gesamten öffentlichen Finanzen nach sich ziehen müsse.

Sich mit der sozialen Kritik an unseren Vorschlägen beschäftigen, fällt teilweise etwas schwer, weil ich zu meinen Bedauern feststellen muß, daß die meisten der Kritiker offensichtlich die schon seit Wochen in der Öffentlichkeit vertretenen Leitsätze unseres Verbandes gar nicht gelesen haben. Sonst wäre es unmöglich, daß uns z. B. im Anschluß an die Sparfassentagung in Breslau der Vorwurf gemacht werden wäre, wir wollten auf die Einlagen der Späte bei Sparfassen zurückgreifen und den Sparfassen zuzumuten, ihren jetzigen Beständen heraus Millionen, wenn nicht Milliardenbräge zinslos zur Verfügung zu stellen. Sonst wäre es aber auch weiterhin nicht möglich, daß uns von unserer Seite unterstellt wird, wir verlangten, daß die Reichsbank für viele Milliarden Banknoten drucken und den Kommunen zur Verfügung stellen sollte. Wer unsere Leitsätze als durchgeleitet hat, muß wissen, daß wir darin mit der Entscheidung abhängen, ob die Rote Presse wieder in Bezug zu legen ist, wie uns auch gelegentlich unterstellt worden ist, die Steuerhöhe weiter anzusehen.

Wenn uns gar ausgerechnet von einer bestimmten Kostentreppreise unterstellt wird, wir würden wieder jene monatliche Ausgabenfreudigkeit herbeiführen, die nach 1924 am Schaden der gesamten öffentlichen Finanzen einsetzte, so würde ich lediglich darauf hinzuweisen, daß wir im Landgemeindeverband jahrelang als einzige gegen eine solche Landeswirtschaft gekämpft haben. Aus der Reichsfinanzwirtschaft ist ohne weiteres festzustellen, daß es durch das Katastrophen-Ansteigen der Zahl der Sozialfahrtserwerbslosen, dagegen nicht durch Mindestsätzen und Auslandsanleihen die Finanzen der Landgemeinden und Landkreise in Wanken gekommen sind.

Wir bedauern im übrigen, daß der zögernde Gang der Verhandlungen uns nahe an den Winter herangeführt hat, daß die vorgeschlagenen Arbeiten nur noch zum Teil in diesem Jahr in Angriff genommen werden können. Eine nicht unverantwortliche Förderung der öffentlichen Arbeiten würde es bedeuten, wenn es gelingen würde, eine Wiedergabe der Bedingungen für die bisher schon den sozial-rechtlichen Körperschaften für Straßenbau u. a. Meliorationen u. s. w. zur Verfügung gestellten Kredite zu erzielen. Diese Kredite werden vornehmlich für Meliorationen und den Straßenbau deshalb nur in geringer Menge abberufen, weil die Zins- und Amortisationsbedingungen dafür nicht erträglich sind. Würde man hier den grundfachlichen Forderungen entgegenkommen, dann wäre wenigstens ein erster Schritt zur Ankerbildung der öffentlichen Arbeiten getan. Achtliches gilt für die Verwendung der 700 Millionen Mark Steueranrechnungsscheine für die 400-Mark-Einstellungsprämien. Wir können anfangen an vorgeschlagenen, daß man wenigstens den wesentlichen Teil dieser 700 Millionen zu direkter Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand verwenden sollte. Der Wunsch der Reichsregierung, Arbeiten in größeren Mengen wieder in Arbeit zu bringen, würde sich schneller und wirklicher erfüllen, wenn man im Zuge des 700-Millionen-Kredits zu direkter Auftragsgabe benutzte. Das Gebot der Stunde bleibt die ergänzende Angriffsnahme öffentlicher Arbeiten und die gegebene öffentliche Aufträge sowie die Förderung geheimer Privataufträge in einem Umfang, daß eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes eintrete.

Um diesem Zweck müssen solche zusätzlichen Arbeiten in gebracht werden, die wirtschaftlich möglich sind und ein Kostenaufwand ein möglichst trockener Teil auf die

Teleg. Adr.: Zeitung.

Anzeigen werden die lebhaftesten amm hohe Petrol-Teile oder deren Raum mit 15 Pg. berechnet; auswärts 20 Pg. Bei Wiederholung ent- spricht der Rabatt. Reklamen kosten pro Seite 40 Pg. Verbindlichkeit für Wk. Datendruck und Verlegerleistung ausgeschlossen. Annahme-zeit ist für Öffnen und Auskunft bereit 15 Pg. Zeitungsblätter werden billigst bereit. Anzeigen an Postfachkonto Frankfurt am Main Nr. 2971

Der Kampf um Preußen

Schlussvorträge Dr. Brechts und Dr. Gottheiners

— Leipzig, 18. Oktober.

Der sechste Verhandlungstag vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich brachte die Schlussvorträge. Ministerialdirektor Dr. Brecht, der Vertreter der abgesetzten preußischen Staatsregierung, führte dabei aus, das Schwergewicht des Kampfes richte sich gegen die Anwendung des Artikels 48 Absatz 1 der Reichsverfassung. Dieser erste Absatz des Artikels 48 war zwar anwendbar, die Anwendung hätte aber unter den obwaltenden Umständen nicht erfolgen dürfen.

Die Reichsregierung habe sieben Vorwürfe gegen die alte preußische Regierung erhoben, die sie als pflichtverleugnend bezeichnete. In allen diesen Fällen hätten aber die Tatsachen anders gelegen als die Reichsregierung angenommen habe. Aus diesem Grunde müssten die sieben Punkte auscheiden. Aber selbst wenn man als wahr unterstelle, was die Reichsregierung angenommen habe, so hätte es sich nicht um Pflichtverleugnungen gehandelt. Es handelte sich höchstens um eine andere Anwendung des Artikels 48, durch die preußische Regierung.

So müssten ausscheiden, weil es sich nicht um rechtliche Fragen sondern um politisches Ernennen handelte, die Vorwürfe: 1. Abhängigkeit der preußischen Regierung von der KPD, 2. die Rote Grasfinkis in Magdeburg, 3. die Reden Severtings und Grzesinski, 4. die Änderung der Geschäftsaufstellung im Landtag, 5. die Verjüngung der Neuerennung einer Regierung, 6. die falsche Anwendung des Ernennungsbuches bei Ausstellung von Waffenkneinen und 7. die Überschreitung von Haushaltssplankosten.

Alles, das bei einer Pflichtverleugnung, wenn man trocken von einer Pflichtverleugnung sprechen wollte, so wäre es doch keine Pflichtverleugnung gegenüber dem Reich. Ministerialdirektor Dr. Brecht legte dann seine Aufstellung über die Geschäftsaufstellung vor dem Staatsgerichtshof im einzelnen dar. Artikel 48 Absatz 1 sei zwar anwendbar, hätte aber nicht so angewendet werden dürfen, wie es geschehen wäre.

Ministerialdirektor Gottheiner

der Vertreter der Reichsregierung, hielt dem gegenüber den Standpunkt des Reiches aufrecht. H. a. erklärte er:

„Von Preußen wurde hier die Behauptung aufgestellt, die Reichsregierung habe hier bei ihrem Vorgehen am 20. Juli von verfassungswidrigen Absichten leiten lassen. Ich möchte mich über die Zulässigkeit dieser Redewendung

vor dem Staatsgerichtshof nicht mit der Gegenseite auseinanderlegen. Ich muß mich aber gegen die Auffassung wenden, wie sie durch diese Worte Dr. Brechts hier entstellt worden ist.“

Die Reichsregierung nimmt sie sich in Anspruch, daß sie sich bei ihren Maßnahmen vom 20. Juli wie auch sonst immer von dem Willen hat lassen lassen, dem Wohl des Volkes zu dienen, Schaden von ihm abzuwenden und alles im Rahmen der verfassungsmäßigen Grenzen zu tun. Eine Auffassung, die den Maßnahmen vom 20. Juli rechtswidrige Motive unterstellt, die den handelnden Stellen subjektive Gültigkeitsabrede abpricht, muß auf das schärfste zurückgewiesen werden.

Auf der preußischen Seite hat man für sich in Anspruch genommen, daß man sich gegen die Reichsregierung schlägt vor dem Reichspräsidenten stellen müsse. Darauf ist zu erklären, daß auch die Aufhebung des Uniformverbotes und die Wiederzulassung der SA, insbesondere aber auch die Maßnahmen vom 20. Juli von der nach der Verfassung zuständigen Stelle durchgeführt worden sind.

Reichsanwalt und Reichsregierung haben diejenigen Maßnahmen getroffen, die nach ihrem pflichtverworflichen Erwissen notwendig waren, um die gefährdeten Sicherheit und Ruhe in Deutschland wiederherzustellen.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner verwies dann noch einmal auf die geplante politische Lage vor dem 20. Juli 1932, als jeder Tag bei politischen Zusammenstößen Todesopfer forderte. Während dieser Zeit habe die SPD eine Einheitsfront mit der KPD nicht nur gegen die Nationalsozialisten, sondern auch gegen die Reichsregierung zu betreten verucht. Dazu kame die partizipatorische Einstellung und Abhängigkeit der preußischen Staatsminister. Wenn der Reichspräsident diese Männer durch andere ersetzt habe, so sei damit der Weg beschritten worden, den der Wille und der Wortlaut der Reichsverfassung für derartige Fälle vorgezeichnet habe.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner beendete dann seine Ausführungen mit der Bitte an den Staatsgerichtshof, nach Maßgabe der von der Reichsregierung gestellten Anträge zu entscheiden.

Damit war die Auseinandersetzung über Artikel 48 abgeschlossen. Verhandelt wurde nunmehr noch über die Prozeßvoraussetzungen.

U. h. e. enfällt. In erster Linie kommen hierfür in Betracht Strafenerhaltung und Strafbau, landwirtschaftliche Meliorationen und Siedlungen, Hochwasserdruck, Kleinwohnungsbau und Unterhaltung des vorhandenen Wohnraumes, Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost. Die einheitliche und beschleunigte Durchführung der Arbeitsbeschaffung muß einer durch ausreichende Befugnisse ausgestalteten Zentralstelle übertragen werden. Ihre Aufgabe wäre es zugleich, volkswirtschaftlich läßlich Fehlverteilungen zu verhindern und das Vertrauen für die Arbeitsbeschaffungspolitik im Inlande wie im Auslande zu verstärken.

Drängte nicht die Not in unseren Gemeinden so, stände uns nicht das Geld der mehr als 7 Millionen Erwerbslosen vor Augen, die wir trotz aller theoretischen Berechnungen effektiv haben, dann könnten wir uns auf den Standpunkt stellen, noch abzuwarten, weil die Zeit für uns arbeitet. Weil wir aber mit Verantwortungsgesetz an die Dinge herangehen und genau wissen, daß die öffentlichen Finanzen und unsere Wirtschaft den Druck der Milliardenausgaben für unproduktive, vielfach auch schon unzulängliche Erwerbslosenunterstützung nicht mehr lange aushalten, werden wir nicht müde werden in unserem Kampf für die Verbreiterung der Volksfront zur Befestigung der Arbeitslosigkeit.

Steuer antwortet Klepper
Monatslange Verhandlungen des Unterhochungsausschusses wahrscheinlich.

— Berlin, 18. Oktober.

Der Berichterstatter des sogenannten Klepper-Unterhochungsausschusses des Preußischen Landtags, der deutschnationale Abgeordnete Steuer, empfing Berater der Presse und äußerte sich ihnen gegenüber über die von dem früheren preußischen Finanzminister Klepper vor der Presse abgegebene Erklärung.

Abg. Steuer führte aus, das, was im Untersuchungsausschuss bisher vorgelesen worden sei, bilde nur einen kleinen Abschnitt aus der Gesamttheorie, die nach den vorhandenen Akten zu urteilen, den Ausschuh wohl monatlang beschäftigen werde. Die herausgearbeiteten Fälle seien für

die Klepper'sche Finanzgebarung typisch, bei der stets das Verbrechen zu beobachten sei, einen formellen Tatbestand zu schaffen, der vom Strafgeich etwas distanziere. So seien daher auch keine Vorgänge festzustellen, die man als Unterhochung bezeichnen könnte.

Soweit Klepper strafrechtliche Vorwürfe trüge, so sei in erster Linie nach Steuers Ansicht der Vorwurf der Unreue gegenüber dem ihm unterstellten Institut, also der Preußenkasse, begründet. Über diese strafrechtliche Seite hinaus liege auch eine zivilrechtliche Verantwortlichkeit, zum mindesten für den Teil der der Preußenkasse entstandenen Verluste vor, die in vorheriger Kenntnis der voraussichtlichen Entwicklung von Klepper verschuldet worden seien. Das sei der Fall bei dem „Sonderfondo A“ und der Geldberga für das „Magazin der Wirtschaft“, bei der mit bodenloser laufmännischer Leichtfertigkeit vorgegangen worden sei.

Bezeichnetenweise habe sich Klepper bei seinem Erwiderungen nicht über die Entstehungsgeichte des „Sonderfondo A“ geäußert, die Steuer ein „mit juristischen Raffinesse durchgeführtes Betrugsmädel“ nannte. Etwas Anregungen oder Anstellungen der damaligen preußischen Regierung seien nicht geeignet, Klepper zu entlasten. Die juristische Stellung des Präsidenten der Preußenkasse nötige ihn nicht, Weisungen der Regierung zu folgen, die sein Interesse gehöre.

Die Sanierung eines verschuldeten Staatssekretärs sei ein Geschäft illegaler Natur. Es handele sich hier um eine aus den Mitteln der Preußenkasse finanzierte Gefälligkeitsaktion für eine Einzelperson, der man aus politischen Gründen geholfen habe.

Wenn Dr. Klepper gelagt habe, die Preußenkasse habe der Stadt Köln überhaupt keinen Kredit gegeben, so sei das formell richtig. Tatsächlich lägen die Dinge aber so, daß die Dedi-Bank der Stadt Köln damals keinen Pfennig gegeben hätte, wenn nicht die Preußenkasse die Vorausezung für den Kredit durch Herausgabe von Genossenschaftswechseln in Höhe von 12 Millionen RM geschaffen hätte.

Was den Fall der „Königlichen Volkszeitung“ angehe, liege die moralische Verantwortung für dieses Geschäft tatsächlich weniger bei Dr. Klepper als bei der damaligen preußischen Staatsregierung.

Vorstoß gegen die Schupo

Unjährige Entbühllungen Frontrechts im Abrüstungsausschuss

— Genf, 15. Oktober.

Der angekündigte Vorstoß Frankreichs gegen die deutsche Schupolizei ist unmittelbar nach dem Abschluß der Konferenz der Abrüstungskonferenz hat der französische Vertreter Massigli in ungewöhnlicher Art und Weise über die deutsche Schupolizei gesprochen. In Hand von Zeitungsartikeln und Fotografien über angebliche Mordverbrechen der Schupo bemühte er sich vorgeblich, den Nachwuchs zu erbringen, daß Deutschland sich in der Schupo unter Umgehung der Verfaßter Bestimmungen und des Protocols von 1925 nun neben dem hunderttausend Mann-heer eine gut ausgebildete, schwer bewaffnete zweite Armee von etwa 140 000 Mann gehoben habe.

Massigli führt u. a. an, daß die Schupolizei Massiglengewehre habe, und leitete aus seinen Darlegungen die Forderung ab, daß man bei der Berechnung der Effektivitäten, die bekanntlich auf der Grundlage des Verhältnisses bei den abgerückten Staaten erfolgen soll, außer der Reichswehr auch die Polizeiträte hinzurechnen müsse.

Die französischen Behauptungen über den „militärischen Charakter“ der deutschen Polizei stellen eine bewußte Entstellung dar. Was die Kopfzahl der Schupo betrifft, so sind von diesen 140 000 Mann etwa 35 000 kommunale Polizeibeamte. Von dem Rest wird etwa ein Drittel für Verwaltungsaufgaben im Bürodienst verwendet. Von den übrigbleibenden zwei Dritteln der Polizeibeamten ist die Mehrzahl nicht fassierbar. Es bestehen ferner kleinere dienstliche oder organisatorische Beziehungen zwischen Polizei und Wehrmacht. Auch von einer militärischen Ausbildung oder einer militärischen Bewaffnung der Polizeibeamten kann nicht die Rede sein. Ausbildung und Bewaffnung sind entsprechend den besonderen polizeilichen Zwecken so verschieden von militärischen Gesichtspunkten, daß eine Entstehung einer noch so gut ausgebildeten Polizeiarmee in das Heer, und ihre Verwendung gegen auswärtige Gegner eine technische Unmöglichkeit wäre.

Die Antwort an Massigli

Zurückweisung der französischen Verleumdungen gegen die deutsche Schupolizei.

Berlin, 17. Oktober.

Ämlich wird u. a. mitgeteilt: Der französische Delegierte Massigli hat in dem Unterkomitee der Abrüstungskonferenz für die Personalbestände Ausführungen über die deutsche Polizei gemacht, die er vorsichtigerweise unterließ, solange deutsche Vertreter an der Abrüstungskonferenz teilnahmen.

Herr Massigli gibt die Gesamtstärke der deutschen Polizei mit 140 000 Mann an und erwähnt nur beiläufig, daß hiervon 35 000 als rein kommunale Polizei abgehen und davor 18 000 Beamte in Zivil sind, die nur in den Büros und im Kriminaldienst tätig sind.

Die gesamte Organisation und Bewaffnung der Polizei ist in jahrelangen Verhandlungen mit der Reichskonferenz und der interalliierten Militärrückkontrollkommission unter dem besonderen Gesichtspunkt festgelegt worden, daß eine militärische Verwendung der Polizei ausgeschlossen ist. Die Schupolizei besitzt kleinere schwere Waffen, wie Minenwerfer und Geschütze, ohne die eine militärische Verwendung undenkbar ist. Von Massigli erwähnte Maschinengewehre sind in einer beschränkten Zahl von der interalliierten Kontrollkommission zugestanden worden, weil sie für die polizeilichen Aufgaben erforderlich sind.

Seit der Sommerpause der Abrüstungskonferenz ist offenbar das Ziel und die Ausgabe dieser Konferenz in Vergessenheit geraten. Es handelt sich nicht um die 35 oder 140 000 Beamte der deutschen Polizei und nicht um die Ausbildungsvorschriften für die Polizei von Anhalt und Lübeck, sondern um die Abrüstung von Millionenheeren und die Friedenssicherung durch Befestigung der gewaltigsten Wehrsysteme und riesigsten Bestände an modernen Kriegsmitteln, die die Welt je gesehen hat.

der Sprecher Markgraf

EIN FUNK-UND FILM-ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

URHEBER-BECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(57. Fortsetzung)

„Er schläft! Auch er hat seltsamerweise nicht viel davongetragen. Der Arm war ausgestreckt, aber das ist in Ordnung. Verbunden ist er auch. Der ist morgen schon wieder auf dem Posten. Aber wir werden ihn natürlich im Bett belassen.“

„Und . . . der Junge, Herr Doktor?“

Der Arzt sah vor sich hin.

„Gnädige Frau . . . er . . . lebt . . . lebt noch. Wir tun alles, um ihn zu erhalten! Aber . . . es wird richtig sein, wenn Sie sich mit dem Bittersten vertraut machen.“

Ein wilder Schmerz stieg hoch in ihr.

„Keine . . . Hoffnung?“

„Wenig . . . er hat ja fast alles Blut verloren. Vielleicht vollendet der Herrgott das Wunder, das er an Ihrem Gatten und den Kindern getan hat. Wir wollen hoffen, gnädige Frau.“

Aber es war wenig Hoffnung in Ingrids Herzen.

Sie sah ganz still und sprach kein Wort mehr, bis der Zug anzog. Da läste die kleine Urteil auf „Urteilchen . . . mein Kind!“ lagte die Mutter innig. Und das kleine Süße Wesen wurde ruhiger, schlief wieder ein.

Frau Ingrid ging in dieser Stunde mit sich ins Gericht. Sie verabscheute krankhaft, das, was gewesen, ihr Handeln der vergangenen Monate zu begreifen. Aber sie fand keinen Weg. Sie begriff sich nicht.

„Auf was habe ich mich gestellt? Was war mir Kraft in dem Unrecht? Wie kommt ich daran denken, die Kinder seien zu lassen? Um des Stolzes willen? Hat denn Rainer je meinen Stolz gebeugt, war er nicht immer gekommen als ein Bittender, ein Liebender?“

Sie hatte keine Ruhe mehr und muhte zu dem Gatten gehn.

Sie stand an seinem Bett und betrachtete ihn. Er schlief und lächelte. Tränen brannten in ihren Augen, als sie sein Lächeln sah, in dem alles Gute der Erde lag. Wie ein reines Lächeln sah, in dem alles Gute der Erde lag. Wie ein reines Lächeln sah, in dem alles Gute der Erde lag. Wie ein reines Lächeln sah, in dem alles Gute der Erde lag.

Die Schwester war zu Frau Ingrid getreten.

Milderung für Kriegsbeschädigte

Verteilung der Kriegsbeschädigten bei Hindenburg.

Berlin, 18. Oktober.

Ämlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing den Vorstand des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge und eine Abordnung des Landesverbandes Westfalen-Lippe im „Reichsverband deutscher Kriegsopfer“, die ihm die Wünsche und Sorgen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen vortrugen, insbesondere die starken Verschlechterungen darlegten, die durch die letzten Notverordnungen in der Kriegsopfer-Fürsorge eingetreten sind.

Der Reichspräsident brachte seine wärmste Teilnahme für das Los der Kriegsopfer und seinen Willen zum Ausdruck, sobald es die finanzielle Lage des Reiches irgendwie gestattet, allmähliche Befreiung der Kürzungen einzutreten zu lassen. Der Reichsarbeitsminister sollte alsbaldige Milderung einer Reihe von Kürten in Aussicht stellen, die sich bei der Durchführung der letzten Notverordnung gezeigt haben und mittelbar, daß hierfür ein besonderer Fonds von fünf Millionen Mark bereitgestellt sei, der für die Zeit bis zum Schluß des Haushaltsjahrs bestimmt ist und im Vernehmen mit den Vertretungen der Kriegsopfer Verwendung finden soll.

Avenol wird Generalsekretär

Nach Erfüllung der deutschen Bedingungen. — Schlusssitzung der 13. Völkerbundesversammlung.

— Genf, 18. Oktober.

Die 13. ordentliche Vollversammlung des Völkerbundes ist mit einer Schlusssitzung des Präsidiums abgeschlossen worden. An der Schlusssitzung nahm die Bundesversammlung den Haushalt des Völkerbundes für 1932/33 mit 33,4 Millionen Goldfrancen an, von denen 17 Millionen auf das Völkerbundsekretariat, 8,8 Millionen auf das Internationale Arbeitsamt und 2,6 Millionen auf den Internationalen Haager Gerichtshof entfallen.

Ferner genehmigte die Bundesversammlung den von dem 4. Auschluß ausgearbeiteten großen Plan über die Neuordnung der politischen Leitung des Völkerbundsekretariats. Damit sind die von Deutschland geforderten Bedingungen für die Zustimmung der deutschen Regierung zu der Wahl des französischen Avenol zum Generalsekretär des Völkerbundes erfüllt. Die Ernennung Avenols war in der vorangegangenen Geheimstimmung des Völkerbundes einstimmig ausgesprochen worden. Die beiden neuen Stellvertreter des Generalsekretariats (Italien und Norwegen) sowie die neuen Untergeneralsekretäre (Deutschland und England) werden aus der Novembertagung des Rates ernannt werden. Gleichzeitig soll dann Avenol durch die außerordentliche Völkerbundversammlung bestätigt werden.

In seiner Schlusssrede führte Präsident Politis aus, drei grundzähligkeit Seiten des Abrüstungsproblems mühten jetzt geprüft werden:

Die Ausdehnung der qualitativen und quantitativen Herabstufung der Rüstungen auf Grund des Hoover-Planes, die Organisation des Friedens aus derartigen Grundlagen, daß die Staaten allgemeine Garantien für die Aufnahme ihrer bisherigen Einzelgarantien finden, und serner der Grundzähligkeit der Rechtsgleichheit, auf dem das für sämtliche Staaten ausnahmslos geltende neue Militärstatut beruhen müsse.

Auf maßgebender deutscher Seite wird jetzt grundzähliglich der Standpunkt vertreten, daß nunmehr eine planmäßige Neubezeichnung in den leitenden Direktorenposten

eingetreten müsse, über die die Entscheidung bei dem Völkerbundsrat liegt. Der Völkerbundsrat wird zuerst im Januar über die Verlängerung des ablaufenden Vertrages des Direktors der Informationsabteilung, Comer, zu entscheiden haben. Nach deutscher Auffassung ist es in Zukunft nicht zulässig, daß der Posten des Generalsekretärs und des Leiters der Propagandaabteilung von der gleichen Nation bekleidet werden. Man rechnet daher im Zuge der jetzt getroffenen Neuordnung der politischen Leitung mit dem Ausscheiden des französischen Comer.

Über die Ernennung des neuen deutschen Untergeneralsekretärs liegt noch keine Entscheidung vor, jedoch

Wie ein Heimgesunder . . . so friedlich schaut er aus! sagte sie plötzlich.

Frau Ingrid fuhr zusammen. Sie nickte.

„Ich . . . ich hab ihn von mir stoßen wollen!“

Die Schwester ergreifte Ingrids Hand. „Gnädige Frau, aber nun wird alles gut werden! Sehen Sie doch, wie er lächelt . . . so kann nur ein Mann lächeln, ein richtiger Mann, der noch ein Kind ist. Er wird Sie anschauen und kein Wort sprechen. Und das neue Glück lächelt Ihnen und den Kindern wieder.“

„Wenn uns nur . . . Wolf bleibt!“ stöhnte Frau Ingrid.

Rainer liebt ihn über alles. Das Bitterste fürchle ich, wenn Wolf . . . stirbt.“

„Alles, alles wird getan, gnädige Frau. Dr. Adonis wird alles tun, was in seiner Kraft steht.“

Das furchtbare Erlebnis des Abends und keine glückliche Wendung hatte alle aufs tiefste erschüttert. Dr. Seeliger konnte sich kaum auf den Beinen halten, und selbst dem starken Schulenburg zitterten die Beine.

Der ruhigste war der alte Darius. Er forderte sie alle auf, im nahen Hotel eine halbe Stunde niederzuhüpfen und auszuruhnen. Heissen, starfen Glühwein, der sie wieder in Ordnung bringen und aufrappeln sollte, bestellte er.

Die tiefe Ergriffenheit aber wich nicht von den Gemütern.

„Wenn ich hundert Jahre alt werde,“ sagte Schulenburg, „diesen Anblick vergesse ich nicht . . . wie man die Kinder herauszog und dann den Mann, unsern Rainer . . . die Geister schmuggel, mit Blutruschen überzogen. Der Junge . . . der Junge . . . wie ein Leichtsinn schimmerte es durch Schmutz und Blut hindurch. Herr Darius, wenn auch er nur erhalten bleibt!“

„Ich hoffe fest!“ sagte Darius stark.

Dr. Seeliger warf ein: „Herr Intendant . . . eben fällt mir ein: Wir haben ja ganz vergeblich, Berlin Nachricht zu geben! Unrechte hören ja noch nicht, ob sie überhaupt leben.“

Schulenburg erhob sich.

„Ich war so schwach geworden, Doktor! Ich habe alles verloren! Aber sie sollen es hören, daß uns unser Markgraf erhalten gebieben ist.“

Der Sprecher der Funkstunde meldete sich:

„Meine Damen und Herren, wir sind in der glücklichen Lage, Ihnen eine gute Nachricht durchgeben zu können: Rainer Markgraf und seine Kinder sind unter den Trümmern geborgen worden. Alle drei leben!“

werden jetzt allgemein der trübe Staatssekretär in Altenburg und der deutsche Gesandte in Altenburg, Trier, Lohr, für diesen Posten genannt.

Frankreichs Senat unverändert

Paris, 18. Oktober.

Die Ergebnisse der französischen Senat, deren Sammelergebnis jetzt vorliegt, haben entgegen den Erwartungen des Hauses gebracht. Es ist lediglich eine unentbehrliche Verstärkung nach links getreten, die sich in dem Bereich der Rechten von sieben Stimmen zu Gunsten der Sozialistischen Partei und der Radikalpartei ausdrückt. Die bisherige Konservatoren gewinnt vier Sitze, während die Sozialisten einen Sitzen verlieren. 35 Senatoren wurden zum ersten Mal und ihre Kandidaturen erneut aufgestellt, hatten mehr als 500000 Stimmen und ihre Kandidaturen erneut aufgestellt hatten, wobei sieben Abgeordnete, die zu den Neuwählten gehörten, gewählt wurden. Unter den Neuwählten findet sich der bisherige Generalgouverneur von Maroc, und der Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten Léon

Was will Herriot in Madrid?

Frankreich sucht neue Bundesgenossen und ein Waffenbündnis für den Völkerbund.

— London, 18. Oktober.

Der „Daily Telegraph“ beschäftigt sich mit den hinter den französischen Ministerpräsidenten Herriot nach Madrid. Danach will Herriot ein Bündnis zwischen Frankreich und Spanien herstellen und Spanien als geeignetes Land für die Verbringung des internationalen Völkerbundesbündnisses in die Schweiz vorbereiten. Unter den Neuwählten findet sich der bisherige Generalgouverneur von Maroc, und der Sohn des ehemaligen Staatspräsidenten Léon

Verkehrsunfall in Frankreich

Zugzusammenstoß in der Normandie. — Wahrscheinlich neun Todesopfer.

— Paris, 18. Oktober.

Ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem sieben Personen getötet und fünfzehn zum Teil schwer verletzt wurden, ereignete sich in den späten Abendstunden des Sonntags in der Normandie kurz vor dem Bahnhof Cerences zwischen den Stationen Folligny und Couances. Ein Personenzug, der infolge des starken Sonnabendverkehrs bis auf den letzten Platz gefüllt war, stieß etwa 500 Meter vor der Einmündung in den Bahnhof auf einen rastenden Güterzug. Die ersten Wagen des Personenzuges wurden inlindeins geschockt, ebenso wie einige Wagen des Güterzuges. Bis zu die späten Nachstunden wurden sieben Leichen gebettet, während fünfzehn Verwundete in das Krankenhaus der Stadt eingeliefert werden mußten. Man vermutet, daß noch zwei Tote unter den Trümmerstücken befinden, deren Bergung sich äußerst schwierig gestaltet.

Die Schuld an der Katastrophe trägt der Bahnhofsvorsteher von Cerences, der es dem Lokomotivführer des Güterzuges gestattet hatte, auf der eingleisigen Strecke zu rasten, obgleich der Personenzug bereits angekündigt war.

Auto stürzt in eine Schlucht.

Einer zweiter schwerer Unfall ereignete sich auf der Alpenstraße von Gap nach Briançon. Ein mit sieben Personen befehlteter Kraftwagen stürzte in die Schlucht der Durante. Vier der Insassen waren sofort tödlich verletzt, die übrigen trugen lebensgefährliche Verletzungen davon.

Eisenbahnunglück in Innsbruck.

Bei dem aus Garmisch eingetroffenen Personenzug der Mittelgebirgsbahn entgleiste kurz vor der Einfahrt in den Innsbrucker Westbahnhof ancheinend infolge falscher Weichenstellung ein Wagen. Der Wagen stürzte um und wurde noch eine Strecke weit mitgeschleift. Zwei Frauen wurden unter dem Wagen begraben und konnten nur mehr als Leichen geborgen werden.

Tiefste Bewegung und Freude löste die Nachricht aus

„Der Zustand des Jungen, des kleinen Wolf, ist sehr ernst. Er hat sich fast verblutet und einen Bruch des linken Unterschenkels erlitten. Es werden auch innere Verletzungen fürchtet. Das Befinden Rainer Markgrafs und der kleinen Wolf ist aufzuhaltend.“

Befreiung ging über die große Schar.

Rainer richtete sich in der Nacht in seinem Bett auf. Die Uhr zeigte die vierte Stunde. Die Schwester trat zu ihm.

„Was wünschen Sie, Herr Markgraf?“

„Schwester . . . wo . . . wo sind meine Kinder?“

„Gut aufgehoben . . . so gut aufgehoben.“

„Ich . . . ich möchte meine Kinder . . . hier . . . hier bei mir haben!“ hat Rainer flehend.

Die Schwester deutete zu seiner Rechten.

„Hier schläft ja schon die kleine Ursel. Schauen Sie nur, die läuft morgen wieder!“

„Aber . . . der Wolf . . . mein Junge . . . wo ist mein Junge? Was ist mit ihm? Bei Gottes Barmherzigkeit?“

Die Schwester sah ihn angstvoll an.

„Es . . . ist sehr ernst . . . mit dem Kind,“ sagte sie leise.

Rainer zuckte zusammen, dann fuhr sein Kopf herum nach der Tür. Der Vorhang hatte sich bewegt.

„Ingred stand in der Tür.“

„Madonna . . . Ich merkenzeichne!“ so ging es dem Mann durch die Seele. Er sah, daß ihre Lippen vor zusammenzucken.

Sie trat heran.

„Der Junge . . . unser Wolf,“ sagte sie tonlos. „Drüber . . . neben deinem Zimmer . . . da liegt er und ruht sich nicht. Er wird von uns gehen!“

„Nein, nein! wehrte sich der Mann verzweifelt. Er darf nicht sterben! Ich . . . ich will ihn an meiner Seite haben! Und . . . Gott weiß, wie ich ihn lieb . . . Gott ist doch sehr herzig. Das kann er mir nicht antun. Das kann er ja nicht.“

Rainer war nicht zu beruhigen.

Der Arzt griff ein und ersüßte den Wunsch des Kramers. Ganz förmig trug man das kleine Bett des Kramers in Rainers Lager.

Rainers Herz kampfte sich zusammen, als er

Jungen wiederholte, leichenblau, ohne ein Seiden von

Und wie hatte er vor ein paar Stunden noch gelacht!

(Fortsetzung f)

Handelsteil

— Berlin, den 17. Oktober 1932.

Weit verändert

Die Wirtschaft war wenig verändert, ausländische Brüder einigten sich die Tendenzen hätten erhalten. Aus der Provinz war etwas Wirtschaft, die Bausachen hielten das Publikum an seinen Posten fest. Weiter setzten die Oberländer, die 41% (42%) eröffneten. Montanwerke waren gut gehalten. Nur Mannesmann und Harpener waren 1 Prozent höher. Deutsches Erdöl konnte dagegen 1% Prozent gemessen. Farben konnten einen Umsatzverlust von 1 Prozent im Verlaufe wieder ausgleichen. Dortmundener Union-Kremer gewannen 2%. Schwerste und Salzher 2. Farben lagen ruhig und behaupteten. Unterste bestand für Vereinigte Stahlaktiobn, die 1 Prozent gewannen. Ausländische Brüder lagen still.

Am Geldmarkt entpannte sich Tagesgeld nach dem Medio auf 4%, teils 4%. Der Wechselkurs wurde 3% notiert. Von Baulen war das Pfund mit 3,94% etwas teurer.

Am Produktionsmarkt wurden mit geringen Umläufen erstellt. Die Müller hielten wegen der kaum zu überbietenden stagnation im Mehlgebiet als Käufer an den Kämmern stark, ganz aus, dagegen bestand heute die Deckungsfrage für Lieferung im laufenden Monat von anderer Seite fort. Die Farben verloren sich nur teilweise und dann auch nur um ein Geringes nach oben. Die Deutsche Getreidehandelsgesellschaft nahm herauskommend Waggonsare zu leichteren Bedingungen auf, wogegen Kähnleben in den Hintergrund gestellt wurde. Hafer bei ansteigendem Angebot knapp stieg. Gerste konnte in Brauware laufend angefeuert werden, auch Futtergerste wurde noch vereinzelt gehandelt.

Deutschenmarkt.

Dollar: 4,209 (Gold), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 14,485 14,525, Holl. Gulden: 169,43 169,77, Belgien: 58,46 58,58, ital. Lira: 21,55 21,59, dän. Krone: 75,12 75,28, norw. Krone: 72,83 72,97, franz. Franken: 16,52 16,56, tschech. Krone: 12,465 12,485, Schweiz. Franken: 81,24 81,40, span. Peseta: 34,87 34,93, schwed. Krone: 74,43 74,57, öster. Schilling: 51,95 52,03.

Anlässlich der Kirmes in Spangenberg veranstalte ich am Mittwoch den 19. ds. Mts. einen Verkauf zu herabgesetzten Preisen.

Entgegen meiner früheren Ankündigung findet der Verkauf nicht in der Weberei sondern im Saale des Hotels zum Goldenen Löwen statt.

Viele Neuheiten!!!

Franz Lappe, Spangenberg.

Durch Gebrauch von

Ultra-Sparlampen

erzielen Sie bis zu

50% Strom-Ersparnis

Alleinvertrieb:

W. Tornseifer, Neustadt 57

Fernruf 51

**Mit Sparen fängt
Dein Wohlstand!**

Spare bei der Stadtsparkasse zu Spangenberg.

Hotel Heinz

große Kirmesfeier

Tanz

Frisch geschlachtet

Sulperknochen, Bratwurst.

Warenmarkt.
Mittagsmarkt. (Amtlich) Getreide und Dörfleinen per 1000
Kilo. sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen
Märkt. 200—212 (am 15. 10. 1932—201). Roggen Märkt. 157—159
(157—159). Brotgerste 175—185 (175—185). Futter- und Sa-
mungsmittel 167—174 (167—177). Hafer Märkt. 133—139 (133
bis 139). Weizenmehl 25—28,50 (25—28,50). Roggenmehl
29,30—29,80 (29,30—29,80). Weizenkleie 9,40—9,75 (9,40 bis
9,75). Roggenkleie 8,40—8,80 (8,40—8,80). Brotmehl 22
bis 26 (22—26). Kleine Spelzgerste 20—23 (20—23). Futter-
erben 14—17 (14—17). Wiesen 17—20 (17—20). Reisfutter
17. Weizen ab Hamburg 10,30—10,50 (10,30—10,50). Erdnüs-
sen 10. Prozent ab Hamburg 11,50 (11,50). Erdnussmehl
9,20—9,50 (9,20—9,50). Sojabohnenmehl 10,50—11,20 (10,50
bis 11,20).

Kartoffelpreise.

Amtliche Kartoffelzuckerpreise je Zentner wagenfrei ab
mehreren Stationen (amtlich ermittelt durch die Landwirt-
schafts-Kammer für die Provinz Brandenburg und Berlin):
Weizen 1,10—1,20, Rote 1,25—1,35, andere Getreidearten 1,30
bis 1,40. Odenwälder Blaue 1,10—1,20. Fabrikartoffeln für
Stärkefabrik 9, im sonstigen Verkehr 7—8 Pfennig pro
Kilogramm.

Großhandelspreise für inländisches Gemüse.

Amtlicher Marktbericht des Städtischen Markthallen-Direc-
tors Berlin für inländisches Gemüse für 50 Kilo:
Weißkohl: Berl. Gärtnerkarre 2—3, hiesiger 2—2,50; Wirsing-
kohl: Berl. Gärtnerkarre 2—3, hiesiger 2—3; Rösenkohl: 1. 10—20, 2—
2, Mohrrüben: gewöhnlich 2,50—3; Rüben: 4—6; Kohl-
rüben: 2—3; Rote Rüben: 3—4; Spinat: 4—7, Blatt: 6—8;
Kürbis: 2—3; Tomaten: Treibhaus 1. 18—24, 2. —, Frei-
land 1. 12—15, 2. 6—8; Champignons: Treibhaus weiße
1. 100—110, 2. 75—90, blonde 1. 70—80, 2. 50—60; Peffer-
linge: 1. 15—20, 2. 12—14; Steinpilze: unsortiert 25—35,
mittel bis klein 25—35; Grünlinge: 7; Sellerie: 1. 6—8, 2.
3,50—5; Schal 3—8; Meerrettich: 25—35; Zwiebeln: 5,25—6,
große 6—6,50; Blumenkohl: 100 Kilo 1. 17—32, 2. 10—16;
Gelerter 16—23; Salat: 100 Kilo 1. 6—8, 2. 4—5; Gurken:
Treibhaus 100 Stück 1. 25—30, 2. 10—20; Kohlrabi: Schal

9,60—12,00; Petersilie: 100 Bünd 3—10 Mark.
Gierkreise.

Verhältnisse der amtlichen Berliner Eisenbahnzettelkarten
Deutsche Eisenbahn: Sonderstreckenzettelkarten
131, Klasse C ab Gramm 12, Klasse D ab Gramm 12,
Klasse E ab Gramm 10%; ausserierte kleine und schwere
10%; 17er 9%; 15%—10% 9%; Bulgaren und Schlesien 12,
7%—7%; Ungarn und Jugoslawien: 7%; Russland und
Rumänien 7%; kleine und schwere 10%; Polen 12%;
Schweiz 7%; große 7%; normale 7%; Italien 12%;
Spanien 7%; Finnland 7%; Großbritannien 12%; Norwegen 12%;
Schweden 12%; Dänemark 12%; Irland 12%;

Schlachthofmarkt.

Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht
— Eissen (Rind), 17. Oktober. Schalen in Reichsmark:
24—26, Rullen (373) 1. —, 2. 21—23, 3. 19—21, 4. 27—29,
Rübe (225) 1. 26—28, 2. 23—25, 3. 19—22, 4. 18—20,
(Kohlrüben) (74) 1. 28—29, 2. 26—27, 3. 22—23, 4. 25—26,
Zwiebeln (57) 15—21, Rüben (480) 1. 60—70, 2. 48—52, 3. 30—47, 4. 32—
37, Schafe (96) 1. 29—31, 2. 25—31, 3. 20—32, 4. 27—31,
Schweine (219) 1. —, 2. 42—45, 3. 42—45, 4. 38—41, 5. 39—43,
Schweine 33—40. — Marktfleisch: Rinder schlecht, Kalber und
Schafe ruhig, Schweine schlecht.

... keine Herabsetzung des Pensionsdienststalters,
gegen einer anderslautenden Meldung kommt eine herab-
setzung des Pensionsdienststalters weder im Reich noch in
Preußen in Frage.

Die Bayerntreue des Reichsinnenministers.

— München, 18. Oktober. Reichsinnenminister Dr. Franz
von Papen besuchte auf seiner Reise auf seiner Reise
der Markt auf dem Hof, Selbst, Wunsiedel und Marktleuthen. Begleitet wurde
der Reichsinnenminister von dem bayerischen Staatsminister
Dr. Stübel.

Zur Kirmes

lade ich die Bevölkerung von Stadt und Land herzlichst ein.

Karl Bender.

Kolonialwaren, Weine, Spirituosen

Glas und Porzellan

ff. gebrannter Kaffee aus eigener Rösterei.

Alles auf zum

„Grünen Baum“

von nachmittags 4 Uhr bis nachts
4 Uhr

Grosser Kirmesrummel

Ganz niedriges Eintritts- und Tanzgeld.

Es laden freundlichst ein

Die Kirmesburschen. Der Wirt.

Führend in Qualität und Preis sind die
Plauener Leinen- und Baumwollwaren

Bettwäsche
Leinenwäsche
Tisch- u. Küchenwäsche
Gardinen
Steppdecken u. a. m.

Konkurrenzlos billig:

Herren:
Damen: u.
Kinderstrümpfe

Ihren freundlichen Besuch erwarten

W. Tornseifer

im Schuhhaus August Siebert, Neustadt 57.

Vereinsbank zu Hess.-Lichtenau

e. G. m. b. H. Gründungsjahr 1869.
Zweigstellen in Spangenberg und Waldassel

Die Bank für Mittelstand,
Gewerbe u. Landwirtschaft

Annahme von Spareinlagen bei bestmöglichster
Verzinsung

Zachmännische Beratung in allen Geldange-
legenheiten.

Wangsvorsteigerung.

Am Donnerstag, den 20. Oktober
vormittags 12 Uhr sollen in

Spangenberg

(Zusammenkunft im Ratskeller.)

3. Sofas

1. Chaiselongue

1. Gläserkranz

1. Nähmaschine

Pfieffe

vormittags 10 Uhr an Ort und Stelle

(Zusammenkunft der Kaufleute)

haben vom 10 Uhr beim Bür-
germeisteramt.

1. Klavier,

1. Ledergarnitur

u. zwar 1. Sofas u. 3. Sessel.

1. Schreibtisch

1. Bücherschrank

1. Geldkranz

60. Str. Hafer.

zwangsläufig öffentlich meistbiet-
ende Verzierung werden.

Meldungen den 18. 10. 1932.

Wisselmann, Obergerichtsvollz.



Georg Klein.

Salz in Säcken

H. Mohr.

Für Groß und Klein!

5 Tl. Vollmilch-Schokolade 75 Pf.

5 Tl. { 1 Tl. Creme
1 " Vollmilch
1 " Sport
1 " Schmelz
1 " Alpenschlösschen } zus. 1 Mk.

3 Tl. { 1 Tl. Creme
1 " Sport
1 " Vollmilch } zus. 50 Pf.

1 Tafel Alpenschlösschen-Vollmilch 25 Pf.

1 Tafel Vollmilch-Schokolade 25 Pf.

1 Tafel Schmelz-Schokolade 25 Pf.

1 Riegel Puffreis-Schokolade 10 Pf.

goldgelbe Bananen 1 Pf. 35 Pf.

Vollsäftige süße Apfelsinen 1 Pf. 15 Pf.

Neue Walnüsse 1 Pf. 45 Pf.

Hess.-Lebensmittelhaus

Inserieren bringt Gewinn.